

Niederschrift

Beschluss mit Abstimmung

über die
Öffentliche Sitzung
Stadtrat

Bad Berneck

am Donnerstag, 12. November 2020
im Saal des Kurhauses, Rotherstr. 57

Öffentliche Tagesordnung

- 01 Bürgerfrageviertelstunde
- 02 Genehmigung der Niederschrift vom 29.10.2020
- 03 Ausbau "An der Ölschnitz"
- 03 A Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 08.10.2020
 - a) Sachstand SPD-Antrag "Naturnahe Gestaltung"
 - b) Sohlgleiten in der Ölschnitz
- 03 B Naturnahe Gestaltung des Ölschnitzufers (Antrag SPD-Fraktion)
- 03 C Beschluss bzgl. Entwurfsplanung (Architekt Haimerl/ IB SRP) vom 29.10.2020
- 04 Erlass einer Satzung für die freiwilligen Feuerwehren
- 05 Integrationsmanagement;
 - Zuwendungsantrag BAMF
 - Personalbesetzung/Stellenausschreibung
- 06 Beschaffung von Endgeräten des digitalen BOS-Funks für die Feuerwehren
- 07 Gebühren für die Entwässerungsanlage betreffend Teilortskanalisation;
Rückwirkungsbeschluss
- 08 Schaffung eines Kunstrasensportfelds in Escherlich:
Zustimmung zur Einleitung des Förderverfahrens aus dem Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur - Projektauftrag 2020“
- 09 Jahresantrag Städtebauförderung 2021
- 10 Informationen

TOP 01 Bürgerfrageviertelstunde
--

TOP 02 Genehmigung der Niederschrift vom 29.10.2020
--

TOP 03 Ausbau "An der Ölschnitz"**TOP 03 A** Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 08.10.2020
a) Sachstand SPD-Antrag "Naturnahe Gestaltung"
b) Sohlgleiten in der Ölschnitz**TOP 03 B** Naturnahe Gestaltung des Ölschnitzufers (Antrag SPD-Fraktion)**Beschluss:**

Der Stadtrat fasst folgende Beschlüsse:

1. Durch das Ingenieurbüro SRP aus Kronach ist der grundsätzliche Nachweis zu erbringen, ob die Sanierung der Wasserleitungen und Abwasserkanäle entlang des Ölschnitzufers zwischen dem ehemaligen Hotel Bube und dem Heinersreuther Weg im Berstleiner- bzw. Inlinerverfahren erfolgen könnte.
2. Durch ein neutrales und in die bisherigen Planungen nicht eingebundenes Büro für Baustatik bzw. Tragwerksplanung ist der grundsätzliche Nachweis zu erbringen, ob in Verbindung mit der Sanierung des Ölschnitzufers die Erhaltung der jetzigen Ufermauer zumindest über weite Strecken hinweg möglich ist bzw. eine Sanierung in Form einer neu gesetzten Ufermauer mit Natursteinen möglich ist.

Abstimmungsergebnis (dafür/dagegen):

1.	5	:	11
2.	4	:	12

TOP 03 C Beschluss bzgl. Entwurfsplanung (Architekt Haimerl/ IB SRP) vom 29.10.2020**Beschluss:**

Der Stadtrat nimmt den am 29.10.2020 durch Architekt Peter Haimerl und Ing. Werner Kuhnlein (IB SRP) vorgestellten und überarbeiteten Entwurf samt Kostenberechnung zur Kenntnis und stimmt diesem zum.

Planer bzw. Bürgermeister werden beauftragt, die weiteren notwendigen nachfolgenden Verfahrensschritte in die Wege zu leiten, um die Maßnahme - wie vorgestellt - umzusetzen.

- Abstimmung zu wasserrechtlicher Genehmigung mit WWA Hof ggf. neue hydraulische Berechnung und neuer Wasserrechtsantrag erforderlich
 - Abstimmung / Genehmigung Naturschutz
 - Abstimmung mit Regierung von Oberfranken / StBA Bayreuth wegen technischer Änderungen im Entwurf
 - Abstimmung mit Regierung von Oberfranken – Städtebauförderung wegen Gestaltung / Förderung
 - Abstimmung mit Landratsamt Bayreuth (Rechtsaufsicht)
-

Darüber hinaus sind die unmittelbaren Anlieger (Eigentümer) über die aktuelle Planung zu informieren.

Abstimmungsergebnis (dafür/dagegen): **12 : 4**

TOP 04 Erlass einer Satzung für die freiwilligen Feuerwehren

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt folgende

S A T Z U N G
für die freiwilligen Feuerwehren
der Stadt Bad Berneck i.Fichtelgebirge
vom 12. November 2020

Die Stadt Bad Berneck i.Fichtelgebirge erlässt aufgrund von Art. 23 Abs. 1 und Art. 24 Abs. 1 Nr. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) folgende Satzung:

I.
Allgemeines

§ 1
Organisation, Rechtsgrundlagen

- (1) Die Freiwillige Feuerwehr ist eine öffentliche Einrichtung der Stadt. Zur Gewinnung der notwendigen Anzahl von Feuerwehrdienstleistenden bedient sie sich der Unterstützung der Vereine „Freiwillige Feuerwehr“ Bad Berneck, Bärnreuth, Escherlich, Goldmühl, Nenntmannsreuth, Neudorf-Gesees, Rimlas und Wasserknoten.
- (2) Rechtsgrundlage für die Freiwillige Feuerwehr, vor allem für die Rechte und Pflichten ihrer Feuerwehrdienstleistenden, sind das Bayerische Feuerwehrgesetz (BayFwG), die zu seiner Ausführung erlassenen Rechtsvorschriften und diese Satzung.

§ 2
Freiwillige Leistungen

- (1) Die Freiwillige Feuerwehr kann aufgrund dieser Satzung in den Grenzen von Art. 7 des Mittelstandsförderungsgesetzes und Art. 87 der Gemeindeordnung insbesondere folgende freiwillige Leistungen erbringen:
 1. Hilfeleistungen, die nicht zu den gesetzlichen Aufgaben der Feuerwehren gehören (z.B. – jeweils auf Antrag des Eigentümers oder Nutzungsberechtigten – das Stellen von Wachen nach dem Ende der Brandgefahr oder das Abräumen von Schadensstellen, soweit es nicht zur Abwehr weiterer Gefahren notwendig ist),

2. Überlassung von Gerät oder Material zum Gebrauch oder Verbrauch,
 3. das Stellen von Sicherheitswachen,
 4. Verkehrssicherungsmaßnahmen nach Anordnung durch die Stadt,
 5. das Stellen eines First Responder Dienstes.
- (2) Voraussetzung freiwilliger Leistungen ist, dass die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben dadurch nicht beeinträchtigt wird. Auf die Gewährung freiwilliger Leistungen besteht kein Rechtsanspruch.
- (3) Über die Gewährung von Leistungen im Sinn von Abs. 1 Nrn. 1 und 2 entscheidet die Kommandantin bzw. der Kommandant, soweit die Leistungen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Einsatz der Feuerwehr erbracht werden. Im Übrigen entscheidet die Kommandantin bzw. der Kommandant über Leistungen im Sinn dieser Vorschriften sowie über einzelne, nicht regelmäßig wiederkehrende Leistungen im Sinn von Abs. 1 Nrn. 3 und 4 nur, wenn ihr bzw. ihm die Erste Bürgermeisterin bzw. der Erste Bürgermeister diese Befugnis übertragen hat; sonst entscheidet die Erste Bürgermeisterin bzw. der Erste Bürgermeister oder der Stadtrat.

II. Personal

§ 3

Wahl der Kommandantin bzw. des Kommandanten

- (1) Die Wahl findet grundsätzlich bei einer Dienstversammlung der Feuerwehrdienst leistenden Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr einschließlich der hauptberuflichen Kräfte und der Feuerwehranwärter, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, statt. Die Stadt lädt hierzu mindestens zwei Wochen vor dem Wahltag ein. Abweichend von Satz 1 ist in begründeten Fällen die Durchführung der Wahl in Form der Briefwahl zulässig.
- (2) Die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister oder ein Stellvertreter oder Beauftragter (Art. 39 GO) leitet die Wahl (Wahlleitung). Der Wahlleitung stehen zwei von der Versammlung durch Zuruf bestimmte Beisitzer zur Seite. Werden mehr als zwei Personen durch Zuruf vorgeschlagen, findet eine Wahl zwischen den vorgeschlagenen Personen statt. Wahlleitung und Beisitzer bilden den Wahlausschuss. Wer selbst zur Wahl steht, kann nicht Mitglied des Wahlausschusses sein. Der Wahlausschuss wird daher erst nach Abgabe der Wahlvorschläge gebildet.
- (3) Jede wahlberechtigte Person hat eine Stimme. Stellvertretung ist nicht zulässig.
- (4) Die Wahlleitung erläutert die Grundsätze des Wahlverfahrens und legt die Aufgaben der Kommandantin bzw. des Kommandanten dar.

1. Wahlvorschläge, Schriftlichkeit der Wahl

Die Wahlberechtigten schlagen wählbare Personen schriftlich oder durch Zuruf der Wahlversammlung zur Wahl vor. Die Wahlleitung nennt die Vorgeschlagenen und befragt sie, sofern sie anwesend sind, ob sie sich der Wahl stellen wollen. Die Vorschläge können mündlich begründet werden; über sie kann auch eine Aussprache stattfinden. Den anwesenden Bewerberinnen und Bewerbern ist Gelegenheit zu geben, sich der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen. Die Aussprache wird geschlossen, wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen oder wenn die Versammlung mit Mehrheit der Wahlberechtigten den Schluss der Aussprache beschließt.

Die Wahl wird schriftlich mit Stimmzetteln durchgeführt; diese dürfen kein äußerliches Kennzeichen tragen, das sie von den im gleichen Wahlgang verwendeten Stimmzetteln unterscheidet. Die Wahlleitung lässt auf die Stimmzettel die Namen der wählbaren und – sofern sie befragt wurden – zur Kandidatur bereiten Bewerberinnen

und Bewerber setzen. Wird nur eine oder keine Person zur Wahl vorgeschlagen, so wird die Wahl ohne Bindung an Bewerber durchgeführt.

2. Wahlgang, Stimmabgabe

Die Wahl ist geheim; die Möglichkeit geheimer Stimmabgabe ist von der Wahlleitung sicherzustellen. Für eine gültige Stimmabgabe ist immer eine positive Willensbekundung erforderlich. Gewählt wird, indem einer der Wahlvorschläge in eindeutig bezeichnender Weise gekennzeichnet wird. Streichungen sind nicht als Stimme für nicht gestrichene Bewerber zu werten. Steht nur eine Person zur Wahl, so kann dadurch gewählt werden, dass der Wahlvorschlag in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise gekennzeichnet oder eine nicht zur Wahl vorgeschlagene wählbare Person in eindeutig bezeichnender Weise handschriftlich auf dem Stimmzettel eingetragen wird.

Liegt kein Wahlvorschlag vor, so wird durch eindeutig bezeichnende handschriftliche Eintragung einer wählbaren Person auf dem Stimmzettel gewählt.

Die Wahlberechtigten haben den ausgefüllten Stimmzettel zusammenzufalten und der Wahlleitung oder dem bestimmten Beisitzer zu übergeben. Der Wahlausschuss prüft die Stimmberechtigung der Abstimmenden. Bei Bedarf hat die Stadt hierzu vor der Wahl eine Wählerliste anzulegen. Wird die Stimmberechtigung anerkannt, so ist der Stimmzettel in einen Behälter zu legen. Der Wahlausschuss prüft vor Beginn des Wahlgangs, ob der Behälter leer ist. Wird der Stimmberechtigung einer anwesenden Person widersprochen, entscheidet der Wahlausschuss.

3. Feststellung des Wahlergebnisses, Losentscheid

Nach Abschluss der Wahl prüft der Wahlausschuss den Inhalt der Stimmzettel, zählt sie aus und stellt das Wahlergebnis fest. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Neinstimmen und Stimmzettel, die überhaupt nicht gekennzeichnet wurden oder auf denen nur Streichungen vorgenommen wurden, sind ungültig. Ist mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen ungültig, ist die Wahl zu wiederholen. Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gültig und erhält keine Bewerberin bzw. kein Bewerber die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, so findet eine Stichwahl unter den beiden Bewerberinnen bzw. Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl statt. Wenn mehr als zwei Personen die höchste Stimmenzahl erhalten haben, ist die Wahl zu wiederholen. Wenn mehr als eine Person die zweithöchste Stimmenzahl erhalten haben, entscheidet das Los, wer in die Stichwahl kommt.

Bei der Stichwahl ist die Person gewählt, die von den abgegebenen gültigen Stimmen die höchste Stimmenzahl erhält. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los, das die Wahlleitung sofort nach Feststellung des Ergebnisses der Stichwahl in der Wahlversammlung ziehen lässt.

4. Wahlannahme

Nach der Wahl befragt die Wahlleitung die gewählte Person, ob sie die Wahl annimmt. Lehnt sie ab, ist die Wahl zu wiederholen. Abwesende Bewerberinnen und Bewerber können die Annahme der Wahl auch im Vorfeld schriftlich erklären.

Die Wiederholung der Wahl kann unmittelbar im Anschluss an den ersten Wahldurchgang in derselben Dienstversammlung erfolgen.

- (5) Die Wahlleitung lässt über die Wahl, die Feststellung des Wahlergebnisses und die Wahlannahme eine Niederschrift fertigen, die der Wahlausschuss unterzeichnet.
 - (6) Die Abs. 1 bis 5 gelten für die Wahl des Stellvertreters des Feuerwehrkommandanten und ggf. eines zweiten Stellvertreters - soweit dies durch die Stadt festgelegt wurde (Art. 8 Abs. 5 Satz 1 BayFwG) - entsprechend.
-

§ 4 Verpflichtung

Die Kommandantin bzw. der Kommandant verpflichtet neu aufgenommene ehrenamtliche Feuerwehrdienstleistende durch Handschlag zur Erfüllung ihrer Pflichten nach den für die Feuerwehren geltenden Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Neu aufgenommenen Mitgliedern soll eine Satzung für die Freiwillige Feuerwehr überreicht werden.

§ 5 Übertragung besonderer Aufgaben

Zur Erfüllung besonderer Aufgaben sind geeignete Feuerwehrdienstleistende zu bestellen (z.B. Jugendwart, Gerätewart). Für die Bestellung ehrenamtlicher Feuerwehrdienstleistender ist die Kommandantin bzw. der Kommandant zuständig.

§ 6 Persönliche Ausstattung

Die Feuerwehrdienstleistenden haben die empfangene persönliche Ausstattung pfleglich zu behandeln und nach dem Ausscheiden aus dem Feuerwehrdienst zurückzugeben. Für verloren gegangene oder durch außerdienstlichen Gebrauch beschädigte oder unbrauchbar gewordene Teile der Ausstattung kann die Stadt Ersatz verlangen.

§ 7 Anzeigepflichten bei Schäden

Feuerwehrdienstleistende haben der Kommandantin bzw. dem Kommandanten unverzüglich zu melden

- im Dienst erlittene (eigene) Körper- und Sachschäden,
- Verluste oder Schäden an der persönlichen Ausstattung und der sonstigen Ausrüstung der Feuerwehr.

Soweit Ansprüche für oder gegen die Stadt infrage kommen, hat die Kommandantin bzw. der Kommandant die Meldung an die Stadt weiterzuleiten. Hat die Stadt nach § 193 SGB VII und § 22 der Satzung der Kommunalen Unfallversicherung Bayern eine Unfallanzeige zu erstatten, so ist sie unverzüglich (bei Unfällen mit Todesfolge oder mit mehr als drei Verletzten sofort) zu unterrichten.

§ 8 Dienstverhinderung

Von der gesetzlichen Verpflichtung zur Leistung des Feuerwehrdienstes (Art. 6 Abs. 1 Satz 2 BayFwG) sind Feuerwehrdienstleistende nur befreit, soweit sie vorrangigen rechtlichen Pflichten nachkommen müssen oder dringende wirtschaftliche oder persönliche Gründe dies rechtfertigen. Für das Fernbleiben von Ausbildungsveranstaltungen in diesen Fällen haben sich Feuerwehrdienstleistende vor der Veranstaltung bei der Kommandantin bzw. dem Kommandanten zu entschuldigen; im Übrigen haben Feuerwehrdienstleistende Mitteilung zu machen, wenn sie länger als fünf Wochen vom Wohnort abwesend oder durch andere Umstände an der Ausübung des Feuerwehrdienstes gehindert sein werden. Der Wegzug aus der Stadt ist in jedem Fall zu melden.

§ 9 Pflichtverletzungen

Die Kommandantin bzw. der Kommandant kann Verletzungen von Dienstpflichten durch folgende Maßnahmen ahnden:

- Mündlicher oder schriftlicher Verweis,
- Androhung des Ausschlusses,
- Ausschluss (Art. 6 Abs. 4 Satz 2 BayFwG, § 10 Abs. 2 dieser Satzung).

§ 10 Austritt und Ausschluss

- (1) Der Austritt aus der Freiwilligen Feuerwehr ist schriftlich gegenüber der Kommandantin bzw. dem Kommandanten zu erklären.
- (2) Die Kommandantin bzw. der Kommandant hat Feuerwehrdienstleistenden, die sie bzw. er gemäß Art. 6 Abs. 4 Satz 2 BayFwG wegen gröblicher Verletzung der Dienstpflichten vom Feuerwehrdienst ausschließen will, Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern.

Eine gröbliche Verletzung von Dienstpflichten ist insbesondere gegeben bei

- unehrenhaftem Verhalten im Dienst,
- grobem Vergehen gegen Kameraden im Dienst,
- fortgesetzter Nachlässigkeit oder Nichtbefolgen dienstlicher Anordnungen,
- Trunkenheit im Dienst,
- Aufhetzen zum Nichtbeachten von Anordnungen,
- dienstwidriger Benutzung oder mutwilliger Beschädigung von Dienstkleidung, Geräten und sonstigen Ausrüstungsgegenständen der Feuerwehr.

Die Kommandantin bzw. der Kommandant hat den Ausgeschlossenen den Ausschluss schriftlich zu erklären.

III. Besondere Pflichten der Kommandantin bzw. des Kommandanten

§ 11 Dienst- und Ausbildungsplan

- (1) Die Kommandantin bzw. der Kommandant stellt jährlich (wenn nötig auch für kürzere Zeiträume) einen Dienst- und Ausbildungsplan auf. In dem Plan ist für jeden Monat mindestens eine Übung oder ein Unterricht vorzusehen. Zu den Übungen können auch geeignete Sportveranstaltungen der Feuerwehr gehören.
- (2) Der Dienst- und Ausbildungsplan ist der Stadt vorzulegen.

§ 12 Dienstreisen

Die Kommandantin bzw. der Kommandant hat dafür zu sorgen, dass vor Dienstreisen von Feuerwehrdienstleistenden die Genehmigung der Stadt eingeholt wird (vgl. auch Art. 8 Abs.

1 Satz 3 BayFwG). Sie bzw. er hat auch für ihre bzw. seine Dienstreisen die Genehmigung der Stadt einzuholen.

§ 13
Jahresbericht

- (1) Die Kommandantin bzw. der Kommandant unterrichtet die Stadt zum Ende des Kalenderjahres über den Personalstand der Freiwilligen Feuerwehr. Neu eingetretene oder aus dem Feuerwehrdienst ausgeschiedene Mitglieder sind namentlich mitzuteilen. In dem Bericht ist die Anzahl der Mannschafts- und Führungsdienstgrade und der Feuerwehrdienstleistenden anzugeben, die über das übliche Maß hinaus Feuerwehrdienst leisten (vgl. Art. 11 Abs. 1 Satz 2 BayFwG). Soweit die Stadt nicht über einzelne Einsätze unterrichtet wird, ist im Jahresbericht auch eine Übersicht über die Einsätze des abgelaufenen Jahres zu geben.
- (2) Die Unterrichtungspflichten gemäß Art. 6 Abs. 4 Satz 2 BayFwG, § 7 Satz 2 und § 11 Abs. 2 dieser Satzung bleiben unberührt.

IV.
Anwendungsbeginn

§ 14
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis (dafür/dagegen): 16 : 0

TOP 05 Integrationsmanagement;
 - Zuwendungsantrag BAMF
 - Personalbesetzung/Stellenausschreibung

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, im Falle einer Berücksichtigung der eingereichten Projektskizze den Bürgermeister zu beauftragen, das Antragsverfahren fortzuführen und die notwendigen Maßnahmen für eine förderunschädliche Stellenausschreibung umzusetzen. Über die endgültige Einstellung der/des zukünftigen Migrationsbeauftragten entscheidet der Stadtrat.

Abstimmungsergebnis (dafür/dagegen): 16 : 0

TOP 06 Beschaffung von Endgeräten des digitalen BOS-Funks für die Feuerwehren

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt vom Sachverhalt Kenntnis und ermächtigt die Verwaltung mit der Anschaffung der erforderlichen Meldeempfänger (Pager) sowie Funkgeräte.

Abstimmungsergebnis (dafür/dagegen): 16 : 0

TOP 07 Gebühren für die Entwässerungsanlage betreffend Teilortskanalisation;
Rückwirkungsbeschluss

Beschluss:

In der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung (BGS-EWS) der Stadt Bad Berneck i.Fichtelgebirge vom 09.07.2015 werden vsl. ab 01.01.2021 für die eigenständige Entwässerungseinrichtung (Teilortskanalisation) in den Ortsteilen Birkenhof, Eichberg, Föllmar, Gesees, Gothendorf, Hohenknoden, Köslar, Micheldorf, Nenntmannsreuth, Neudorf, Rimlas und Wasserknoden gesonderte Gebühren und ggf. Beiträge festgesetzt.

Vorbehaltlich der noch durchzuführenden Kalkulation der Herstellungsbeiträge, der Verbrauchs- und ggf. Grundgebühren werden für die Entwässerungseinrichtung der Teilortskanalisation erstmals Gebühren- und ggf. Beitragssätze festgelegt. In welcher Höhe die Festsetzung der Beiträge und Gebühren erforderlich wird, kann erst nach Abschluss der noch durchzuführenden Berechnungen festgestellt werden.

Abstimmungsergebnis (dafür/dagegen): 16 : 0

TOP 08 Schaffung eines Kunstrasensportfelds in Escherlich:
Zustimmung zur Einleitung des Förderverfahrens aus dem Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur - Projektauftrag 2020“

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Einreichung der Projektskizze sowie der Fortführung des Antragsverfahrens für die Förderung zur Anlegung eines Kunstrasensportfeldes auf dem Sportplatz in Escherlich aus dem Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zu.

Abstimmungsergebnis (dafür/dagegen): 16 : 0

TOP 09 Jahresantrag Städtebauförderung 2021

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt vom Jahresantrag 2021 Kenntnis und stimmt diesem zu.

Abstimmungsergebnis (dafür/dagegen): **16 : 0**

TOP 10 Informationen
